

„Absurder geht's nicht“

Notgemeinschaft wirft dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU und FDP Täuschung der Öffentlichkeit vor

■ **Bad Oeynhausen** (nw). „Bürgermeister Mueller-Zahlmann und die Ratsfraktionen von CDU, SPD, und FDP täuschen weiterhin die Bad Oeynhausener Öffentlichkeit.“ Diese Auffassung vertritt die Notgemeinschaft in Bad Oeynhausen und Löhne. So sei die Ablehnung der Verbesserungsforderungen zur A30 Nordumgehung durch den Landesbetrieb Straßen NRW keinesfalls eine Überraschung.

„Bereits in einem Gespräch mit der Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl am 11. September 2006 wurde dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden unmissverständlich deutlich gemacht, dass Verbesserungen die über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehen, von der Stadt selbst zu bezahlen sind“, sagt Reiner Barg. Der Öffentlichkeit sei dies jedoch nicht vermittelt worden. „Im Gegenteil, es sollte der Eindruck entstehen, dass man mit den städtischen Forderungen auf einem guten Weg sei“, erinnert sich Matthias Köhler.

Der Planfeststellungsbeschluss vom 2. Januar 2007 berücksichtige die städtischen Forderungen zum Lärm- und Schadstoffschutz jedoch in keinster Weise. „Obwohl dies dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden natürlich bekannt war, forderten Sie den schnellst mögli-

chen Baubeginn der Nordzerschneidung“, stellen Köhler und Barg fest.

Allein dies Verhalten sei schon Beweis, dass die Verantwortlichen Ihr Engagement für Verbesserungen nur vortäuschten. „Wie kann man den schnellen Baubeginn der Nordzerschneidung fordern, wenn sämtliche Verbesserungen nicht berücksichtigt worden sind?“

So habe es keine Verhandlungen mit dem NRW-Verkehrsministerium gegeben, wozu der Bürgermeister vom Stadtrat beauftragt worden sei. „Unfassbar, es gibt lediglich ein Schreiben vom 18. April 2007 an das Verkehrsministerium und ein zweites Schreiben datiert vom 20. Juni 2007, das auf den vom Stadtrat beschlossenen Maßnahmenkatalog verweist. Weitere Korrespondenz geschweige den Verhandlungen gibt es offensichtlich nicht“, so Barg.

Weiterhin werde festgehalten, dass der Bürgermeister den Landesbetrieb auffordert, den Maßnahmenkatalog zu prüfen und eine Stellungnahme abzugeben. Diese Stellungnahme sei dann nach sage und schreibe sechs Monaten erfolgt. Köhler: „Und jetzt wollen SPD, CDU und FDP intensive Verhandlungen mit dem NRW-Verkehrsministerium aufnehmen. Absurder geht's nicht mehr!“